

Große Anfrage der Fraktion der CDU***Verbesserung der Drogen- und Suchthilfe in Bremen***

Der Drogen- und Suchtbericht 2004 verdeutlicht in Deutschland eine abermalige Abnahme der Zahl von Opfern illegaler Drogen. Trotzdem sind im Jahr 2003 noch 1477 Menschen an den Folgen verbotenen Drogengebrauchs gestorben. Der seit Jahren anhaltende Trend darf nicht über eine sich ebenfalls fortsetzende Entwicklung hinweg täuschen: Kinder und Jugendliche machen ihre ersten Erfahrungen mit Rausch- und Suchtmitteln immer früher.

Vor diesem Hintergrund sind Präventionsmaßnahmen, die in verschiedenen Projekten vor allem mit Hilfe der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und zahlreichen regionalen Institutionen realisiert werden, zu begrüßen.

Erfolge durch Präventionsmaßnahmen sind z. B. in Sachsen erreicht worden: der erste sächsische Landesplan zur primären Suchtprävention hat bundesweit Anerkennung gefunden.

Die primäre Suchtprävention ist eine Querschnittsaufgabe der gesamten Bevölkerung. Wichtig ist die Koordination zwischen den verschiedenen Ebenen. Doch findet eine Förderung der Zusammenarbeit zwischen Ärzten und verschiedenen Anlaufstellen für Drogensüchtige nicht statt.

Eine stärkere Zusammenarbeit zwischen niedergelassenen Ärzten und den verschiedenen Beteiligten des Suchthilfesystems würde aber dazu führen, dass die Betroffenen durch den Arzt eher erreicht werden und somit frühzeitig Interventionen erfolgen und Kosten eingespart werden können.

Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit kann im Land Bremen nach Auffassung des Senats sichergestellt werden, dass Maßnahmen zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Ärzten und dem Drogen- und Suchthilfesystem ergriffen werden?
2. Welche Kenntnisse hat der Senat über die Fort- und Weiterbildung von Ärzten im Bereich von Drogen- und Suchtkrankheiten?
3. Wie beurteilt der Senat eine regionale Vernetzungsstruktur von ambulanter und stationärer ärztlicher Versorgung mit der Drogen- und Suchthilfe sowie der Jugend- und Familienhilfe und inwieweit kann diese verbessert werden?
4. Inwieweit können nach Auffassung des Senats die primären Präventionsmaßnahmen in Bremen gefördert werden, um den Kontakt mit Drogen zu verhindern?
5. Wie bewertet der Senat die Unterstützung der tertiären Präventionen, um ehemalige Drogenabhängige so schnell wie möglich wieder in die Gesellschaft einzubinden?

Dr. Rita Mohr-Lüllmann, Karl Uwe Oppermann,
Jörg Kastendiek und Fraktion der CDU